

HEYNE <

HANS HERBERT
VON ARNIM

DER **GRIFF** IN DIE
KASS



Wie das Abgeordnetenhaus von Berlin
seine Bezüge maßlos erhöht –
und wie die Selbstbereicherung
noch gestoppt werden kann

EIN STÜCK
AUS DEM
TOLLHAUS

schauen und thematisieren zu können. Unbeachtet bleiben bisher:

- die mehrfache bewusste Täuschung der Öffentlichkeit,
- die vorsätzliche Verletzung von Geschäftsordnung und Verfassung,
- die unzutreffende oder ganz fehlende Begründung,
- die weittragenden Auswirkungen der Neuregelung
- und ihr Wirksamwerden nicht nur mitten in der Wahlperiode, sondern sogar bis zu zwanzig Jahre zurück.

Die ganze Tragweite dieser maßlosen Selbstversorgung aus der Staatskasse aufzudecken und ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen ist Gegenstand und Ziel dieses schmalen Buches. Es hiermit bewenden zu lassen wäre jedoch zu kurz gegriffen. Deshalb geht es auch darum, mögliche Gegenmaßnahmen aufzuzeigen, mit denen das Abgeordnetenhaus den erforderlichen Kontrollen unterworfen werden kann.

Vorbemerkung:¹ Ein kaum beachteter Coup

Am 26. September 2019 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin auf Initiative von fünf Fraktionen (SPD, Grüne, Linke, CDU und FDP), die Diäten seiner Mitglieder auf einen Schlag gewaltig zu erhöhen.² Mit Wirkung ab 1. Januar 2020 stockten die Abgeordneten ihre Entschädigung um 58 Prozent auf: von 3944 Euro auf 6250 Euro.³ Damit steigerten sie automatisch auch ihre Versorgung (Übergangsgeld, Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung) um denselben Prozentsatz,⁴ und dies geschah auch noch mit Rückwirkung.⁵ Zugleich lehnte das Abgeordnetenhaus eine Verkleinerung des durch Überhang- und Ausgleichsmandate auf 160 Mitglieder angeschwollenen Abgeordnetenhauses ab.⁶

Die Berliner Medien haben die Anhebung zwar kritisiert, ohne aber – angesichts der Kürze der Zeit, der Komplexität der Materie, der Fülle an nationalen und internationalen Problemen und der gezielten Undurchschaubarkeit des Gesetzes – die besonders problematischen Punkte der ungeheuren Selbstbedienung in allen Details zu durch-

Ein politischer Coup von seltener Dreistigkeit!

Wer wünscht sich das nicht: eine Einkommenserhöhung um 58 Prozent. Das Berliner Abgeordnetenhaus macht es möglich – allerdings nur für seine eigenen Mitglieder. Zum 1. Januar 2020 haben die Volksvertreter ihr Gehalt und ihre Rentenansprüche hemmungslos aufgestockt und sich so auf einen Schlag ein riesiges Geldgeschenk gemacht.

Um Gesetz und Verfassung haben sich die Betreiber dieser als »Parlamentsreform« etikettierten Selbstbereicherung nicht geschert – stattdessen wurden die weitreichenden Folgen der Neuregelung vor der Öffentlichkeit verschleiert.

Wie der Coup eingefädelt und alle Kontrollen ausgehebelt wurden, wer die Hauptverantwortlichen und die wichtigsten Profiteure sind, das wird hier schonungslos aufgedeckt. Doch bei scharfer Analyse und Kritik bleibt der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim nicht stehen. Er zeigt, Es gibt Möglichkeiten, das Gesetz zu stoppen und das Abgeordnetenhaus zum Rückzug zu zwingen!

